



---

**ÄRGERNIS  
DER WOCHE**

---

VON REINER HOLZNAGEL

---

## Bitte keine Mogelpackung

**F**amilien sollen steuerlich entlastet werden. Das steht im Koalitionsvertrag, das will die Bundesregierung jetzt anpacken. Dazu hat das Finanzministerium kürzlich den Entwurf des Familienentlastungsgesetzes vorgelegt. Na endlich, habe ich als Familienvater gedacht. Ich weiß aber auch: Wo Entlastung draufsteht, ist nicht immer Entlastung drin.

In der Tat macht sich bei der Durchsicht der Paragraphen Ernüchterung breit. Denn viele Änderungen hätte der Gesetzgeber ohnehin vornehmen müssen: Die gepriesene Anhebung des Grundfreibetrags für Erwachsene und die Steigerung der Kinderfreibeträge sind keine politischen Entlastungen, sondern pures Verfassungsrecht und damit Pflicht. Schließlich schreibt das Bundesverfassungsgericht vor, dass das Existenzminimum steuerfrei bleiben muss. Dazu müssen die Steuerbeträge jährlich an die veränderten Lebensverhältnisse angepasst werden.

Nicht Pflicht, sondern eine kleine Kür ist dagegen die Anhebung des Kindergelds pro Kind und Monat um immerhin zehn Euro ab Mitte 2019. Das ist ein richtiger Schritt, um Familien mit hohem Einkommen sowie Familien mit kleineren Einkommen gleich zu behandeln. Denn Erstere werden von den höheren Steuerfreibeträgen profitieren und Letztere vom höheren Kindergeld.

Auch die kalte Progression hat es in den Gesetzentwurf geschafft. Darunter versteht man den Effekt, dass mit jeder Gehaltssteigerung auch die Einkommensteuer steigt, selbst wenn durch den höheren Lohn nur die Inflation ausgeglichen wird und der Steuerzahler tatsächlich nicht mehr Geld zur Verfügung hat. Aber auch hier gibt es einen Haken, denn die kalte Progression wird nicht vollständig beseitigt. Was bleibt, ist ein dringender Appell: Der Gesetzgeber muss noch mal nachlegen, damit auch drinsteckt, was draufsteht!

---

**REINER HOLZNAGEL** ist Präsident des Bundes der Steuerzahler und schreibt wöchentlich für Euro am Sonntag